

PAKISTAN: FLÜCHTLINGSHILFE FÜR DIE BEAMTEN Macht hoch die Tür. Für einige

Sie haben den Krieg in Afghanistan angeheizt. Doch um die Opfer kümmern sich die USA und Pakistan herzlich wenig.

WASEEM HUSSAIN

Ich verstehe nicht, wieso sich alle Welt so darüber aufregt, dass wir Afghaninnen uns voll verschleiern müssen», sagt Gulalai Habib – «dabei ist der Schleier unser kleinstes Problem.» Die Mitbegründerin der Selbsthilforganisation Afghan Women's Network (AWN)* kennt die wirklichen Probleme der afghanischen Frauen: Hunger, Krankheit, Vergewaltigung, Prostitution. Die Frauen vom AWN betreuen afghanische Familien, die im benachbarten Pakistan leben. Allein in der nordwestpakistanischen Stadt Peshawar leben 150 000 afghanische Flüchtlinge, in ganz Pakistan sollen es rund zwei Millionen sein. «Die meisten von ihnen können sich nur eine Mahlzeit pro Tag leisten», sagt Gulalai Habib. Die Männer finden kaum Arbeit, also müssen sich die Afghaninnen als Putz- oder Waschfrauen verdienen und ihre Kinder auf die Strasse schicken.

Viele Flüchtlinge sind chronisch krank, leben in prekären Verhältnissen (bis zu vier Familien teilen sich eine kleine Zweizimmerwohnung ohne Gas, Strom und Wasser) und können die Enge und die Not seelisch kaum verkraften. Nach Uno-Berichten leiden fast die Hälfte aller Afghaninnen unter den Folgen des Kriegstraumas und unter Depressionen; ein Viertel hegt Selbstmordgedanken. Nach Informationen der US-amerikanischen Organisation Women Alliance for Peace and Human Rights nimmt die Prostitution von Afghaninnen drastisch zu.

Die Flüchtlinge werden auch von den pakistanischen Behörden schikaniert. Im Mai dieses Jahres befahl die Regionalregierung der pakistanischen Nordwestprovinz (NWFP) die Schliessung aller afghanischen Kleinunternehmen. Begründung: Afghanen seien unwillkommene Konkurrenten. Jene Werkstätten und Buden, die sie daraufhin nicht

freiwillig aufgaben, riss die Polizei mit Baggern ab. Bleiben konnte nur, wer den Polizisten genug zahlte. Shafiq Timori, ebenfalls AWN-Mitarbeiterin, nennt Beispiele: «Pakistanische Polizisten fordern afghanische Flüchtlinge auf, sich auszuweisen. Wer keine Papiere hat, den beschimpfen sie als illegale Einwanderer und drohen ihm mit Gefängnis, es sei denn, er übergibt den korrupten Beamten sein Geld.» Letzten Sommer kündigte die pakistanische Regierung die Verteilung von Lebensmittelkarten an alle afghanischen Flüchtlinge an. Diese Karten sollten kostenlos verteilt werden, bezahlt werden die Rationen von ausländischen Hilfsorganisationen. Das Interesse der Regierung war klar: So kam sie an das Geld der Hilfswerke; je mehr Karten verteilt wurden, desto grösser der Goldfluss. Doch die Sache hatte einen Haken: Die Flüchtlinge mussten den Beamten für die Karten zahlen – fünfzig Rupien pro Stück. Für eine fünfköpfige Familie sind 250 Rupien eine grosse Summe – das durchschnittliche Monatsinkommen beträgt 1500 Rupien (rund vierzig Franken); für ein halbwegs erträgliches Leben bräuchte eine so grosse Familie mindestens 5000 Rupien.

Es ist offenkundig, dass nicht allein die afghanischen Kriegsparteien für das Leid der Menschen verantwortlich sind. Afghansiche Menschenrechtsaktivistinnen werfen der US-Regierung vor, ethnische und religiöse Animositäten in Afghanistan geschürt und damit den Krieg angeheizt zu haben. Hinter vorgehaltener Hand bestätigte dies sogar eine Mitarbeiterin von US-Aussenministerin Madeleine Albright: «Afghanistan grenzt westlich an den schiitischen Fundamentalistenstaat Iran», habe sie nach einem Bericht der afghanischen Frauen gesagt, und: «Um dessen Macht auszugleichen, erschien es uns wichtig, in Afghanistan eine sunnitische Herrschaft einzusetzen.»

So überrascht es nicht, dass derzeit Abgesandte der Talibanmilizen – der zurzeit noch stärksten Kriegspartei – regelmässig im Amtsgebäude von Madeleine Albright empfangen werden: Die sunnitischen Taliban sind ein Produkt Pakistans, welches die Miliz im Auftrag und mit dem Geld der US-Regierung und des kalifornischen Öl- und Gasunternehmens Unocal aufbaute. Auch am Firmensitz von Unocal sind die geschäftsreisenden Tali-



«UNSER KLEINTESTES PROBLEM»: Afghaninnen werden zur Verschleierung gezwungen

FOTO: KEYSTONE

ban gern gesehene Gäste. Das gilt freilich auch für die anderen Kriegsparteien, die ständig ihre Verbündeten im Iran, in der Türkei und in Zentralasien aufsuchen. Die afghanischen Kriegsfürsten, sagt AWN-Mitarbeiterin Gulalai Habib, fänden überall offene Türen, die jedoch dann oft zuge schlagen würden, wenn Flüchtlinge davor stünden.

M. R., ein vor fünf Jahren in die Schweiz geflüchteter Afghane, musste vier Jahre lang auf den Entscheid des Bundesamts für Flüchtlinge (BFF) warten. Als er zusehendurch anfragte, wann er denn mit einem Entscheid über seinen Asylantrag rechnen könne, hiess es, man kläre noch ab, ob in Afghanistan überhaupt Krieg herrsche. Mittlerweile ist das BFF – wohl nicht zuletzt dank einer heimlichen Reise eines schweizerischen Bundesbeamten im Sommer 1997 nach Afghanistan und Pakistan – zur Einsicht gelangt, dass der seit zwanzig Jahren andauernde Krieg in Afghanistan nicht der Fantasie von Flüchtlingen, Hilfswerken und Medien entsprang.

*Im AWN, das 1995 gegründet wurde, arbeiten Frauen ehrenamtlich für Bildung und Menschenrechte. Die schweizerische Hilfsorganisation Solidfonds (Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt) unterstützt ihre Arbeit. Weitere Informationen: Solidfonds, Postfach, 8031 Zürich, Tel. 01 272 60 57.

Kurz und quer

IRAK: KAUFT NICHT MEHR IN DER SCHWEIZ

Der Irak verhängte Handelsanktionen gegen «feindliche» Länder und stoppt den Kauf von Lebensmitteln und Medikamenten aus den USA, Britannien, Japan und der Schweiz. Normaler Aussenhandel ist dem Irak wegen der seit acht Jahren laufenden Uno-Sanktionen unmöglich. Die Importe liefern bisher unter dem Programm «Oil for Food», das dem Land erlaubt, eine beschränkte Menge Öl zu exportieren, um dafür humanitäre Güter zu importieren. Ironischerweise landet ein grosser Teil der irakischen Überkäufe auf dem Umweg über Russland in den Vereinigten Staaten. Während der Grund für den Boykott von China, Frankreich und Vietnam nach den Bombenangriffen kurz vor Weihnachten klar ist, wurde Japan für seine bedingungslos US-freundliche Haltung gestraft. Die Schweiz traf es vermutlich, weil irakische Bankguthaben in der Schweiz eingefroren wurden. Für seine eingeschränkten Importe gibt die Regierung alle sechs Monate eine Liste der Länder heraus, in denen die irakischen Einkäufe getätigt werden sollen. Auf der aktuellen Liste steht zuoberst Russland, gefolgt von China, Frankreich und Vietnam. De facto exportieren französische Unternehmen am meisten in den Irak.

BRITANNIEN: BRANSONS ZUGTANK LEER

Virgin Trains, die private Eisenbahngesellschaft des britischen Tausendassas, Milliardärs und Ballonfahrers Richard Branson (Virgin Airline, Virgin Stores, Virgin Coke usw.), hat einen besonderen Ruf: Sie ist die miserabelste unter den vielen schlechten Bahnfirmen, zumindest holt sie sich die meisten Klagen. Allein im letzten Jahr hat das Unternehmen 185 000 Beschwerdebriefe erhalten. Diese Spitzenstellung dürfte Bransons Betrieb noch eine Weile sicher sein: Denn an diesem Wochenende zum Beispiel blieb Virgins Schnellzug Newcastle-Bristol auf offener Strecke liegen. Der Zug war bereits mit halbstündiger Verspätung in Newcastle abgefahren (die Diesel-Lokomotive hatte Probleme mit dem Motor) – und dann auch noch das: Fünfzehn Minuten stand der Zug, dann kam aus dem Bordlautsprecher die Erklärung: «Wir bitten die Fahrgäste um Entschuldigung, uns ist der Treibstoff ausgegangen.» Er habe ja schon viele Ausreden gehört, zitierte die Tageszeitung «Guardian» einen Passagier – von Laub auf den Schienen sei die Rede gewesen, von dichtem Verkehr, von «falschem» Schnee, aber noch nie von leeren Tanks. Nach 45 Minuten wurde der Zug von einer Ersatzlok in den nahe gelegenen Bahnhof von Birmingham geschleppt – immerhin mit Witz. Der Lokführer machte sich den Spass, die Passagiere nach dem Weg zur nächsten Tankstelle zu fragen. Vielleicht erkundigt sich ja demnächst ein Virgin-Lokführer bei den Fahrgästen nach dem Weg zum Zielbahnhof.

Das Steinchen im Schuh der Mächtigen Fortsetzung von Seite 9

immer schön geschlechterparitätisch – in die knapp 2500 Gemeinden im ganzen Land auszuweichen zu lassen, um eine flächendeckende und authentische Werbung für die Volksbefragung zu gewährleisten. Ob die Commandantes das derzeitige «Volks»interesse an indigenen Belangen dabei realistisch einschätzen, darf bezweifelt werden. Auch ist die «consulta» an sich kein unproblematisches Medium: die gestellten Fragen sind eher rhetorischer Natur, die nicht so sehr diskutiert, als vielmehr absegnot werden sollen. Dabei wäre schon der Autonomie-Begriff, auch jenseits des absurden Separatismus-Vorwurfs von offizieller Seite, diskussionswürdig: wie können die traditionellen Fällen der Identitätspolitik, die Verklärung und Versteinerung von «Sitten und Gebräuchen» vermieden werden? Wie können beim althergebrachten Konsensprinzip der Minderheitenschutz und das Recht auf Dissidenz gewährleistet werden? Wie verhalten sich indigene Rechtssprechung und Regierung zu nationalen Institutionen? Soll die autonome Selbstverwaltung auf regionaler oder auf der Mikro-Ebene der Dorfgemeinschaften geschaffen werden?

Heute erscheinen diese Fragen schon fast wieder luxuriös. Denn wo latenter Krieg herrscht, lässt sich schlecht differenziert debattieren. Erst wenige Tage vor der Fünf-Jahres-Feier wurde im Hochland von Chiapas ein anderer Jahrestag begangen, der an die ganz und gar unglamouröse Seite des zapatistischen Aufstands erinnert: das Massaker von Acteal. Kein tragischer Zwischenfall, sondern kalkulierter und staatlich mindestens – aber vermutlich nicht nur – geduldeter Massenmord an unbewaffneten SympathisantInnen der Zapatistenguerilla. 45 Frauen, Männer und Kinder wurden auf bestialische Weise umgebracht. In Acteal wurde ein Exempel statuiert: Opposition ist und bleibt in rechtsfreien Regionen Mexikos lebensgefährlich. Bis heute ist der Teufelskreis der «impunidad», der Straflosigkeit, nicht nur ungebrochen, sondern hat mit der jüngsten Initiative des Gouverneurs Roberto Albrores Guillen noch einen neuen Höhepunkt

des Zynismus erreicht: Er schlug allen Ernstes eine Amnestie für «zivile bewaffnete Gruppen» vor – der offizielle Euphemismus für die von staatlichen Stellen und Militärs kräftig unterstützten paramilitarischen Banden. Statt Militär abzuziehen, politische Gefangene freizulassen oder PRI-Funktionäre zu verurteilen, zog die Regierung nahezu alle Register eines Krieges mehr oder weniger niedriger Intensität: die hermetische Belagerung und Paramilitarisierung des Konfliktgebiets, militärische Angriffe auf autonome Gemeinden, die Ausweisung internationaler Beobachter und die Attacken gegen die von Bischof Samuel Ruiz geleitete Mittlerkommission Conai, die sich schliesslich auflöste. Die vielerorts, besonders nach dem Schrecken von Acteal, dringlich geforderte «Konfliktlösung», «Versöhnung» oder gar «Befriedung» kann es in absehbarer Zeit nicht geben. Denn zu verhandeln gibt es heute weniger denn je. Höchstens – politisch – zu erobern.

WIDERSTAND AUS DER DEFENSIVE

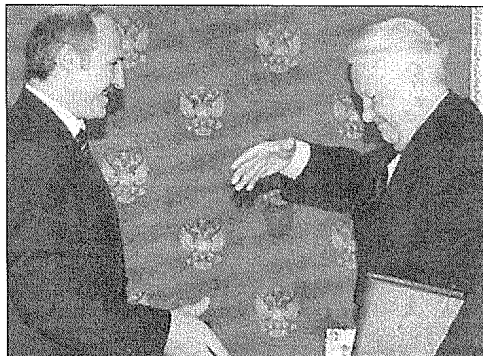
Dass der EZLN sich insgesamt in der Defensive befindet, ist unbestreitbar. Aus dieser Defensive heraus aber hat die Organisation eine beeindruckende, flexible Widerständigkeit entwickelt. Dass sie, ohne jede militärische Trumpfkarte und ohne Gesichtverlust, fast 2000 Tage nach ihrer Kamikaze-haften Erhebung politisch und physisch noch lebt, ist schon eine Art Sieg. Zwar kommt die Macht diesmal gerade nicht aus den Gewehrläufen, sondern aus der Computertastatur – und der öffentlichen Resonanz auf das darauf Verfaste. Obsolet aber sind die Waffen nicht geworden. Die Gewehre, so EZLN-Subcommandante Marcos kurz vor dem fünften Jahrestag in einem Interview, seien «die Grundlage dafür, dass wir überhaupt eine Präsenz haben». Diese Präsenz ist heute widersprüchlicher und komplexer als vor fünf Jahren: so verheddert sich die Zapatistenguerilla nur allzu oft in wuchtigem Nationalismus, Ethno-Kitsch und internationalistischer Rhetorik, zwischen martialischen Slogans, Märtyrer-Diskursen und antiautoritärer Subversion, zwischen dem Credo der Pluralität und

sektiererischen Sprengeln. Und sie tendiert zweifellos dazu, die Opferbereitschaft und Geduld von Basis und Anhängern zu überschätzen. Aber es ist eben auch ein ehrgeiziges Unterfangen. «Wir haben uns nicht für Almosen oder Kredite erhoben», stellte die Stimme des Subcommandante in La Realidad, einem kleinen Dschungeldorf, anlässlich der Fünf-Jahres-Feier noch einmal klar, «wir wollen nicht die Kontrolle über ein Territorium oder die Abspaltung von Mexiko.» Sondern lediglich: Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit. Daraus ist in den vergangenen fünf Jahren, über den Zauber der Rebellion, eine diffuse Graswurzel-Orientierung und über die Mobilisierung indigener Gruppen hinaus noch kein Programm oder Projekt gewachsen, das sich im politischen Wettbewerb sehen lassen und behaupten könnte. Aber gerade deshalb ist zu hoffen, dass die weltweite Faszination und Sympathie für das Narrenschiff im lacandonischen Regenwald sich als Schutzgürtel um die paar tausend schlecht bewaffneten Indigenen auch die nächsten Jahre noch bewährt. Damit Marcos alias «Speedy Gonzalez», wie er Mitte letzten Jahres in einem seiner bizarren Kurz-Communiqués zum Besten gab, auch weiterhin ein «Steinchen im Schuh von Zedillo» sein kann. Normalerweise wird so ein unbehaglicher Stein ja schnell entfernt. Das allerdings ist dem Regime in fünf langen Jahren nicht gelungen. Irgendwann, so lautet offenbar das zapatistische Kalkül, entzündet sich dann die Füsse, der Schuhträger kommt aus dem Tritt und kippt schliesslich ganz aus den Latschen. Auch das ist bislang ausgeblieben. Der mexikanische Staatsapparat schreitet mittlerweile tatsächlich nicht mehr ganz so stolz daher. Jüngstes Symptom dafür ist die Minireuterei im Herzen der mexikanischen Armee, die Mitte Dezember die Öffentlichkeit überraschte. Fünfzig zum Teil hochstehende Militärs marschierten in Mexiko Stadt für die Wiedergewinnung ihrer «Würde» und gegen die «Korruption» der Politiker – gegenüber der Presse äusserte deren Sprecher, dass er sich dabei von Marcos und den «indianischen Brüdern» inspiriert fühle.



von menschen und mäschen

Demenzin trifft Lukaschenko



Moment, da war sie doch grad noch ... jetzt nur nicht die Nerven verlieren ... den Blick starr aufs Objekt gerichtet, den Arm locker fallen lassen, fixes Lächeln aufsetzen und runter damit. Das wär doch noch zu schaffen bis zum Jahr 2000.